

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1,20 Mark, eingetragene in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und ähnlichen Anzeigen der 3. Spalte Kolonnenpreis 50 Pf. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Franke

Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover

Verantwortlicher Redakteur: D. Schneider, Hannover
Redaktionsdirektor: Montag mittags 12 Uhr

Redaktion und Expedition:

Hannover, Nikolaitraße 7, 2. Et. - Fernsprech-Anschluß 3002

Die Gewerkschaften zur Lebensmittelfrage.

Die Gewerkschaften aller Richtungen und die Arbeitsgemeinschaften der Angestellten und der technischen Verbände haben am 21. Februar gemeinsame Eingaben an den Reichskanzler und an den Präsidenten des Kriegsernährungsamtes gemacht.

In der Eingabe an den Reichskanzler wird einleitend auf die völlig unbefriedigende Regelung der deutschen Ernährungsverhältnisse während der Kriegszeit verwiesen. Die Ursachen dafür seien nicht lediglich die Knappheit der Lebensmittel, sondern auch in dem Mangel einer strengen Durchführung gerechter Verteilung der vorhandenen Vorräte zu suchen. Für diesen Mangel sei die Abhängigkeit des Kriegsernährungsamtes von den Bundesregierungen und besonders der Widerstand des preussischen Landwirtschaftsministers gegen alle Eingriffe in die Sonderstellung der landwirtschaftlichen Erzeuger verantwortlich. Es wird dann gesagt, daß bei der Fortdauer der Ernährungsschwierigkeiten die heimische Arbeitsarmee außerstande sein würde die Leistungen auf einer Höhe zu erhalten, wie sie die Landesverteidigung und die Durchführung des vaterländischen Hilfsdienstes erfordern.

Zur Abstellung der gerügten Mängel werden folgende Wünsche dem Reichskanzler unterbreitet:

1. Zwischen dem Kriegsernährungsamt und dem Kriegsamte ist eine angemessene Verbindung für das Gebiet der Lebensmittelversorgung herbeizuführen. Im Kriegsamte wird eine Abteilung für den Heeres- und den Zivilbedarf an Lebensmitteln geschaffen, die die Befugnis erhalten, an den Beschläffen des Kriegsernährungsamtes mitzuwirken, die Durchführung der Verordnungen desselben zu überwachen und die Lebensmittelvorräte für die allgemeine Volks- und Heeresversorgung zu beschlagnahmen, zu enteignen und an der Verteilung derselben mitzuwirken.

2. In den Bezirken der einzelnen Generalkommandos sind Unterämter des Kriegsamtes für Lebensmittelbeschaffung zu bilden, auf die das Kriegsamte seine Funktionen übertragen kann, mit der Aufgabe, daß die Verteilung nach den Anordnungen der Zentralstellen zu erfolgen hat. Die Beauftragten des Kriegsamtes haben das Recht, jederzeit in dem vernünftigen Lebensmittel aufbewahrt oder verarbeitet werden, zu betreten und in die Ausführung jedes Betriebes der Erzeugung oder des Vertriebes von Lebensmitteln Einsicht zu nehmen. Sie können die Zurückhaltung oder Weiterverarbeitung von Lebensmitteln verbieten und mit Strafe bedrohen.

Die Eingabe an den Präsidenten des Kriegsernährungsamtes

verweist auf die wachsende Erregung in den Arbeiterkreisen über die ungerechte Verteilung der vorhandenen Nahrungsmittel, von der gesagt wird:

„Sie begünstigt solche Schichten, die ohne hin keinen Mangel an Nahrungsmitteln leiden, und ermöglicht es wohlhabenden Kreisen, sich für Geld ausreichende Lebensmittel zu verschaffen zum Schaden der ärmeren Volksschichten.“ Auch in dieser Eingabe wird angeführt, daß das preussische Landwirtschaftsministerium sich schützend vor die privatwirtschaftlichen Ansprüche der Landwirte stellt und diesen eine Ausnützung der Lebensmittelnot des deutschen Volkes sichert, die das Reich in die größten Gefahren bringen muß. Es heißt dann weiter in der Eingabe:

„Die Arbeiter und Angestellten, die allezeit ihre Kräfte in den Dienst der Landeswohlfaht und Kriegswirtschaft gestellt haben und deren Vertretungen über die Stimmungen unsres Volkes wohl unterrichtet sind, müssen gegen die Fortdauer dieser Zustände lebhaften Einspruch erheben und eine Neuordnung der Ernährungsverhältnisse verlangen, die für eine gerechte, aber auch strenge Durchführung der Verteilung der zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel bürgt.“

Es wird dann auf die Mängel und Fehler in der Kartoffelversorgung hingewiesen und vor jeder weiteren Herabsetzung der Kartoffelrationen ihre warnende Stimme und gegen jede weitere Erhöhung der Preise für Speisekartoffeln energig über Widerspruch erhoben.

Auch die Brotversorgung, die in den ersten Kriegsjahren sich bewährt hat, abgesehen von ungeschicklichen örtlichen Preisunterchieden, hat Schwierigkeiten gezeigt, die durch den Mangel an Streckungsmitteln nicht genügend erklärt werden. Denn im Widerspruch damit steht die überhandnehmende Erzeugung an Weißgebäck und Kuchen, die durch höhere Gewinne begünstigt wird. Die Eingabe wendet sich dagegen, daß eine Abhilfe in der Verkürzung der Brotportionen gesucht wird, bevor alle anderen Mittel strenger Vereinheitlichung der Brotversorgung erschöpft sind. Ferner wird um Bereitstellung von Nährmitteln aus Gerste und Hafer ersucht.

Die Obst- und Gemüseversorgung wird als völlig unbefriedigend bezeichnet. Die Ursache hierfür lag nach der Eingabe nicht an schlechten Erntergebnissen, sondern an der

mangelhaften Organisation gegenüber der starken Nachfrage, die den Gewinnabsichten der Erzeuger in die Hand arbeitete.

Zum Zwecke einer besseren Fleischversorgung fordert die Eingabe eine Neuorganisation der Viehhandelsverbände, bei der auch deren hohe Verdienste entsprechend zu kürzen sind. Eine Herabsetzung der Fleischpreise, die eine Höhe erreicht haben, die Fleisch und Fett für einen großen Teil der Bevölkerung unerschwinglich machen, wird gefordert.

Die Eingabe fordert noch Reichsbewirtschaftung der Milch, verbunden mit Ablieferungspflicht und strengerer Rationierung für die Erzeuger; Förderung der Geflügelhaltung zum Zwecke der besseren Eierversorgung sowie Einschränkung der Fischkonservierung, um die Bevölkerung reichlicher und billiger mit frischen Fischen versorgen zu können. Die Zuckererzeugung soll mehr dem Bedürfnis angepaßt, und als Ersatz soll mehr künstlicher Süßstoff ausgegeben werden.

Ganz besonderes Gewicht legt die Eingabe auf die Herbeiführung eines vernünftigen Preisverhältnisses zwischen den verschiedenen Lebens- und Futtermitteln. Dazu heißt es: „Die heutige Höchstpreisordnung ist nicht das Ergebnis vernünftiger Abwägung, sondern hat sich aufgebaut auf einer wilden Preisentwicklung, teilweise auch auf politischen Gesichtspunkten. So ist es möglich gewesen, daß die Preise für einzelne Produkte, zum Beispiel für Brotgetreide, um circa 30 Prozent, dagegen für Hafer und Gerste zeitweise fast bis zu 100 Prozent und darüber gestiegen sind. Daraus ergibt sich eine andauernde Gefahr für Zurückhaltung der billigeren Produkte und der Anreiz zur Verfüllung, weil, wenn in Fleisch umgekehrt, der Verdienst ein weit höherer ist. Ferner auch, daß die lohnender erscheinenden Produkte vorzugsweise angebaut werden. Auch von landwirtschaftlicher Seite sind Bestrebungen für die Herbeiführung einer derartigen Preisrelation laut geworden. Sie bewegen sich jedoch in der Hauptsache nach der Richtung, die ihnen zu niedrig erscheinenden Preise zu den höchsten hinaufzuziehen. Dagegen muß entschieden Protest eingelegt werden. Preise wie für Hafer, Gerste, Hülsenfrüchte, Fleisch usw. lassen sich nicht mit vorhandenen Produktionskosten rechtfertigen, sondern sind Kriegs- Konjunkturpreise, die auf der Mollage des Volkes sich aufbauen. Wir fordern eine Preisrelation, die sich aufbaut auf tatsächliche Produktionskosten plus angemessenen Verdienst. Jeden Konjunkturgewinn, den die breite Masse zu tragen hat, und der ihr das Durchhalten fast unmöglich macht, müssen wir entschieden ablehnen.“

Als Hauptursache des Mißerfolges auf dem gesamten Gebiete der Kriegsernährung bezeichnet die Eingabe die unzureichende Organisation, vor allem des Kriegsernährungsamtes selbst. Es wird deshalb eine Organisation des Kriegsernährungsamtes gefordert, die dieses in unmittelbare Verbindung mit dem Kriegsamte, dem die Heeresversorgung obliegt, bringt, und es zugleich den hindernden Einflüssen einzelner Bundesregierungen entzieht.

Die provinziellen und Kreiswirtschaftsämter, die das Kriegsamte neuerdings ins Leben gerufen hat, sollen auch für die Aufgaben des Kriegsernährungsamtes, soweit es sich um die Herbeiführung einer strengen Rationierung und Verteilung sowie um die Sicherstellung der ausreichenden Ablieferung von Lebensmitteln auf dem Lande handelt, in Anspruch genommen werden. Die diesen Stellen übertragenen Funktionen hinsichtlich der Förderung der Erzeugung sollen nicht geschmälert werden.

Dem Beirat des Kriegsernährungsamtes soll ein größerer Einfluß auf die Maßnahmen dieses Amtes eingeräumt werden. Dieser Beirat ist bisher nur zweimal berufen worden und wurde stets vor Situationen gestellt, an denen alles Beraten nichts mehr ändern konnte. Am Schlusse der Eingabe heißt es:

„Die deutschen Gewerkschaften und Angestelltenverbände möchten auf das nachdrücklichste davor warnen, in der Frage der Kriegsernährung die Dinge so weiter gehen zu lassen. Die Folgen könnten unabsehbar werden. Die vertrauensvolle Mitarbeit, die sie bei der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes übernommen haben, gibt ihnen ein besonderes Anrecht, darüber zu wachen, daß dieser Zweck nicht durch eine fortdauernde lässige Auffassung und Ausführung der hinsichtlich der Kriegsernährung gegebenen Pflichten gänzlich in Frage gestellt wird.“

Unterschiedet ist die Eingabe von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, dem Verbande der deutschen Gewerksvereine (G.-D.), der Polnischen Berufsvereinigung, der Arbeitsgemeinschaft für das einheitliche Angestelltenrecht und der Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände.

Ein Mahnwort in schwerer Stunde.

Als Gewerkschafter haben wir uns mit wirtschaftspolitischen Vorgängen zu beschäftigen, insofern sie die wirtschaftliche Lage der Arbeiter beeinflussen können. Denn es ist selbstverständlich, daß die Arbeiter versuchen müssen, ihr Lohn Einkommen zu verbessern, wenn es nicht gelingt, Maßnahmen abzuwehren, die eine Verminderung der Kaufkraft ihrer Löhne herbeiführen. Deshalb ist es zunächst notwendig, sich über die wirtschaftliche Tragweite der in Betracht kommenden Veränderungen klar zu werden.

Zur Zeit stehen zwei wirtschaftspolitische Maßnahmen von tief einschneidender Bedeutung im Vordergrunde der Erörterung. Eine davon liegt auf dem Gebiete der Kriegswirtschaft. Es ist die von den Vertretungen der Landwirtschaft geforderte fast allgemeine Erhöhung der Preise für die Haupterzeugnisse des Ackerbodens, der Gärtnerei und der Milchwirtschaft. Die andere Maßnahme liegt auf geistig-beruflichem Gebiet: die Reichsregierung fordert neue indirekte Steuern, deren Ertrag auf rund 800 Millionen Mark berechnet wird! Die Verwirklichung der beiden Pläne würde eine Mehrbelastung von mindestens zwei Milliarden Mark ergeben, die vorwiegend von der breiten Masse der Bevölkerung getragen werden müßte.

Schauen wir zu, was gefordert wird und wie die Maßnahmen wirken würden! Während die Verbraucher unter dem schweren Druck der hohen Lebensmittelpreise seufzen, ein großer Teil des Volkes von dem Verbrauch einer Reihe von Nahrungsmitteln schon fast gänzlich ausgeschlossen ist, weil ihre Kaufkraft zu der Preishöhe in einem argen Mißverhältnis steht, arbeiten die mächtigen Vertretungen der Landwirte planmäßig an einer weiteren beträchtlichen Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel. Und die Verteuerung soll die Kriegszeit überleben; sie soll dauernd festgehalten werden.

In der agrarischen Presse und durch die agrarischen Vertretungen in den Parlamenten wurde tüchtig vorgearbeitet. Der preussische Landwirtschaftsminister unterstützte nach seinem ganzen Verhalten die weitgehenden Forderungen der Landwirte. Man ließ die agrarischen Organisationen aufmarschieren: Bauernvereine und Landwirtschaftskammern. Dann folgte eine Kundgebung des Deutschen Landwirtschaftsrats, der mächtiger ist als das preussische Ministerium, und dann folgte als Hauptstoß eine Generalversammlung des Bundes der Landwirte. Sie war eigens zu dem Zwecke veranstaltet worden, um die jetzigen und zukünftigen Forderungen der Agrarier zu umgrenzen, von deren Erfüllung, nach der nicht mißzuverstehenden Erklärung der Landwirte, Deutschlands Schicksal abhängig sein soll. Werden die Forderungen nicht erfüllt, dann sollen unzureichende Ernten unvermeidlich sein. Selbstverständlich werden die Forderungen und Erklärungen in die Versicherungen edlen Patriotismus, unbegrenzter Königstreue und uneigennützigem Opferbereitschaft eingewickelt.

Was man im wesentlichen verlangt, ist folgendes: Erhöhung der Preise für Brotgetreide, Kartoffeln, Äpfel, Gemüse und Erzeugnisse der Milchwirtschaft sowie das Bestehenlassen der jetzigen hohen Viehpreise. Die geforderten Erhöhungen würden die Preise um 20 bis 30 v. H. weiter hinaufdrücken. Die Verteuerung des Brotgetreides allein dürfte etwa 600 Millionen Mark ausmachen; auf ungefähr 300 Millionen Mark ist die Preisserhöhung zu veranschlagen, die wir auf Zucker zu erwarten hätten. Dazu käme eine Verteuerung der Kartoffel, die den Verbraucher nochmals wieder um 300 bis 400 Millionen Mark belasten würde. Nimmt man hinzu, daß auch für Gemüse, Milch, Lössen usw. höhere Preise verlangt werden, so ist die sich ergebende Gesamtbelastung mit 1 1/2 Milliarden eher zu niedrig als zu hoch veranschlagt.

Da hier vorwiegend die von der breiten Masse verbrauchten Nahrungsmittel in Betracht kommen, ist es nicht nötig, an dieser Stelle noch näher auseinanderzusetzen, daß die Verwirklichung der agrarischen Forderungen den Haushalt der Arbeiter erneut in ganz empfindlicher Weise belasten würde. Allein die Verteuerung des Brotgetreides in der angenommenen Höhe, und wie sie von landwirtschaftlichen Hochschullehrern als notwendig bezeichnet worden ist, würde eine Mehrbelastung von fast 90 Mark für das Jahr und den Kopf der Bevölkerung ausmachen. Die von den Hochschullehrern zugleich vorgeschlagene Ermäßigung der Vieh- und Fleischpreise ist durchaus unzureichend und kein Ausgleich. Uebrigens wird diese von den Vertretern der Landwirtschaft entschieden bekämpft. Sie dürfte auch kaum kommen; im Gegenteil, es ist inzwischen eine weitere Steigerung der Fleischpreise eingetreten.

Die Landwirte begnügen sich jedoch nicht mit der Forderung höherer Preise für die Kriegszeit, sie verlangen auch noch Maßnahmen, die ihnen die toll in die Höhe getriebenen Preise dauernd sichern sollen. Das soll ein lückenloser Zolltarif mit entsprechend hohen Zollsätzen bewirken. — Mit dieser Angelegenheit werden wir uns noch eingehend zu beschäftigen haben. — Jetzt ist als besonders bemerkenswert die Tatsache herauszustellen, daß in der Frage der Schutzforderung der ebenfalls mächtige Zentralverband der Industriellen mit dem Bunde der Landwirte an einem Strange zieht. Diese beiden einflussreichsten Interessentengruppen sind einig und darum auch fast allmächtig in dem Bestreben, durch die Errichtung einer Deutschland umschließenden hohen Zollmauer den Inlandsmarkt vollständig unter ihre Preisdiktatur zu zwingen. Und es ist ein warnendes Zeichen der Zeit, daß die Arbeiter nicht übersehen dürfen, daß auf der Generalversammlung des Bundes der Landwirte der Vorsitzende der großen, starken Organisation der Industriellen, Landrat a. D. H. Sticker, und ein Fabrikant, Dr. W. I. D. G. r. u. b. e.

Aus der Industrie

Papier-Industrie

Unfallgefahren und Unfallverhütung in der Papiererzeugungsindustrie.

II.

Bekanntlich erlaubt die Papiermacher-Berufsgenossenschaft seit 1915 den Unternehmern die Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen an langsam laufenden Maschinen...

Nicht minder gefährlich sind die Holzstoffentwässerungsmaschinen in den Holzschleifereien, die während der Kriegszeit fast ausschließlich von Frauen bedient werden...

Die Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen an den Querschneidemaschinen ist während der Kriegszeit fast allgemein geworden. Um die an diesen Maschinen beschäftigten Personen vor Handverletzungen zu schützen...

Recht häufig sind immer noch die Unfälle an Transmissionsen. In vielen Betrieben ist das Riemenauflegen während des Ganges der Maschinen üblich...

Sehr häufig ereignen sich auch noch Unfälle, weil die Ein- und Austrückvorrichtungen in den Betrieben nicht in Ordnung sind. Schirmer berichtet, daß er in einem Betriebe von der Arbeiterschaft darauf aufmerksam gemacht wurde...

Nur ein Teil der Unfallgefahren, von denen die Papierarbeiter stündlich bedroht werden, konnte hier gestreift werden. Laufend andere Unfallmöglichkeiten liegen noch vor...

denkender Arbeiter können die Unfallgefahren immer mehr herabgedrückt werden.

Die Bedienung der Papiererzeugungsmaschinen erfordert im allgemeinen nicht nur eine „affenartige Handfertigkeit“, wie sich Ingenieur Schirmer ausdrückt, sondern vor allem auch eine gründliche Erfahrung im Produktionsprozess...

Aber auch die erwachsenen männlichen Maschinenarbeiter sind dem anstrengenden Dienst an den Papiererzeugungsmaschinen auf die Dauer nur gewachsen, wenn sie ihren Körper geistig und körperlich auf der Höhe halten können...

Unfälle in der Papierindustrie.

Der in der Papierfabrik Gronau beschäftigte Arbeiter Krone zog sich bei seiner Arbeit eine schwere Verletzung des rechten Armes zu. In einer Papierfabrik in Görlitz (Sa.) geriet ein noch lediger Arbeiter in die Transmission...

In der Papierfabrik „Königsgrube“ in Merzbach geriet der Arbeiter Kube aus Waldenburg in die Transmission, wurde erfaßt und mehrere Male um eine Welle geschleudert...

Am 8. Februar explodierte in der Papierfabrik in Sondern der Trockenjylinder einer Papiermaschine. Dabei blieb ein 17jähriger Arbeiter sofort tot, während ein anderer schwer verletzt wurde.

Chemische Industrie

Scheidemandel.

Der sogenannte Scheidemandel, eine Gesellschaft, die einige Dutzend Unternehmungen zur Knochenverwertung im In- und Auslande hat, begann sich bei Kriegsausbruch nach jahrelanger günstiger Entwicklung in einer ungünstigen Sachlage zu befinden...

Der jetzt vorliegende Abschluß der Gesellschaft für 1916 rechtfertigt die Erwartungen der Aktionäre durchaus. Schon das erste Kriegsjahr ermöglichte die Ausschüttung einer Dividende von 6 Prozent...

Table with 3 columns: Year (1-14/15, 1916), Dividend (t), and Profit (M).

Die Steigerung ist bei allen Posten stark. Die Ausgabe für Zantienen, Wohlfahrtspflege usw., worunter nach dem Geschäftsbericht auch die Ausgabe für Teuerungszulagen verbucht sind, ist mehr als doppelt so hoch wie im Vorjahre...

Eine neue Unternehmerorganisation.

Anfang Januar d. J. wurde in Berlin ein Zentralverband der chemisch-technischen Industrie gegründet. Dieser Verband will die Unternehmern derjenigen Industriezweige zusammenfassen, die gewissermaßen das Übergangsgebiet von der rein chemischen zur rein mechanischen Industrie bilden...

Es wäre zu wünschen, daß die Arbeiter der in Frage kommenden Industriezweige die gleiche Rührigkeit und den gleichen Organisationsgeist entwickeln wie ihre Unternehmer.

Keramische Industrie

Achtet auf die Unfallursachen!

Am 3. Juli 1914 revidierte der technische Beamte der Biegelei-Berufsgenossenschaft den Betrieb des Biegewerkes D. (e. G. m. b. H.). An einer Biegepresse (Biegeschwanzpresse) war die Einlaufstelle zweier Zahnräder ungenügend gesichert...

Wierzehn Tage später (17. Juli) geriet eine 18jährige italienische Arbeiterin mit der linken Hand in eben diese Presse. Die Hand wurde völlig zermalmt, auch mußte später der ganze linke Arm abgenommen werden.

Das Oberlandesgericht, dessen Entscheidungsgründe für das Reichsgericht maßgebend waren, stützt die Ablehnung auf das Gutachten des als Sachverständigen angerufenen Gewerbeinspektors H. Dier...

Uns ist der Unfall erst aus dem Gerichtsurteil bekannt geworden, wir können deshalb auch nicht beurteilen, ob die tatsächlichen Umstände des Gewerbeinspektors sich auf mehr als Vermutungen und einseitige Beobachtungen stützen...

Jahresbericht für den Gau 7

(Königreich Sachsen).

Das Jahr 1916 war in wirtschaftlicher Beziehung dem Vorjahre sehr ähnlich. Die Betriebe für Kriegs- und Heeresbedarf wurden durch die Kriegslage veranlaßt, ihre Produktion erheblich zu steigern.

Die Arbeitslosigkeit war im verflochtenen Jahre trotz der hohen Kriegsinflation immer noch erheblich. Nach unserer Verbandsstatistik war in Sachsen die Arbeitslosigkeit durchweg größer als in anderen Gauen des Bundesgebietes...

Entsprechend dem Wirtschaftsleben gestaltete sich natürlich auch das Berufsleben in den Zahlstellen und Bezirken des Gaues. Einige Zahlstellenleistungen betätigten sich unter den gewiß zur Zeit überall schwersten Verhältnissen recht reger bei mitemer vom Verband...

Was viele unserer Mitglieder in der schweren Kriegszeit dem Verband verdanken, davon geben einige kürzlich im „Proletariat“ erschienene Berichte aus den Zahlstellen ein ganz bereicherndes Zeugnis. Wir haben Firmen, wo unsere Mitglieder dank der Hilfe des Verbandes neben einem sonst nicht möglichen Lohn noch 8-10 Mk. und mehr die Woche Teuerungszulagen erhalten...

Die Arbeit des Gauverbandes war in der Hauptache organisatorischer Art. Die ständigen Einberufungen von Besoldungen und Vertrauensleuten machten mancherlei Kleinarbeit in den Zahlstellen...

